

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/04/2006
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Mittwoch, 30.08.2006
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen
2. Anfrage des Bündnis 90/Die Grünen gem. § 10 (1) GeschO des Rates
Hier: Betreuungs- und Gruppenwohnangebote für pflegebedürftige Menschen mit Demenzerkrankung
3. Sozialplanung für Seniorinnen und Senioren in Hagen
Vorlage: 0320/2006
4. Barrierefreies Planen und Bauen im öffentlichen Bereich
Vorlage: 0572/2006
5. Antrag der SPD-Fraktion
Hier: Förderprogramm zur Wiedereingliederung von (Langzeit-)Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt
6. Übernahme der Umsetzungsverantwortung in der ARGE Hagen durch die Stadt Hagen
Vorlage: 0663/2006
7. Kommunales Handlungskonzept Interkultur
geänderte Fassung der Vorlage Nr. 0411/2006
Vorlage: 0536/2006
8. Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände und andere
Hier: Jahresberichte 2005
Vorlage 0457/2006 - **Zweite Lesung** -



9. Antrag des Bündnis 90/Die Grünen gem. § 6 (3) GeschO des Rates
Hier: Weiterführung des Arbeitsfeldes ' Unterstützende Hilfen zur dauerhaften Wohnraumsicherung ' durch die Arbeiterwohlfahrt
10. Geschäftsbericht 2005 für den Fachbereich Jugend & Soziales
Vorlage: 0450/2006 - **Zweite Lesung** -
11. - Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Hagen-Altenhagen
- Kenntnisnahme des Standes der Beantragung des Stadtteils Wehringhausen in das Landesprogramm 'Soziale Stadt'
Vorlage: 0577/2006
12. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

Bevor in die Tagesordnung eingestiegen wird, schlägt Frau Machatschek eine Änderung vor. Der Bericht der Arge entfalle, da Herr Rumberg sich für die heutige Sitzung entschuldigt habe. Der Tagesordnungspunkt werde dann in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Weiterhin seien zwei Tischvorlagen ausgelegt worden und zwar ein Antrag und eine Anfrage vom Bündnis 90/Die Grünen. Sie würde diese gern heute behandeln, da Berührungspunkte mit anderen Tagesordnungspunkten vorlägen. Die Anfrage (siehe TOP 2) und der Antrag (siehe TOP 9) sind dem Protokoll **als Anlage** beigefügt.

1. Mitteilungen

Herr Dr. Schmidt weist auf eine ausgelegte Presseinformation hin. Diese sei ein Lob des Landes für die Arbeit, die in Hagen geleistet werde. Es gehe dabei um einen neu erschienenen Ratgeber „Sicher, selbständig und behaglich wohnen. Wohnberatung für sehbehinderte und blinde Menschen“, den die Stadt Hagen mit Unterstützung des Landes rausgegeben habe.

Weiterhin teilt er mit, dass er die Sitzung um 18.30 Uhr aufgrund anderer Verpflichtungen verlassen müsse.

Als letzter Punkt liege ihm ein Schreiben des Fachbereiches Jugend & Soziales an einen ALG II Empfänger vor, in dem diesem richtigerweise ein Antrag auf Erstattung rückständiger Stromkosten abgelehnt werde. Herr Dr. Schmidt geht davon aus, dass dieser Vorgang in der morgigen Sitzung des Rates eine Rolle spiele.

Herr Dr. Schmidt zitiert ein paar Sätze aus dem Schreiben und entschuldigt sich dafür, dass die Stadt Hagen solche Sätze in Bewilligungsbescheide schreibe. Er habe veranlasst, dass mit dem Mitarbeiter entsprechende Maßnahmen eingeleitet würden, über die er den Ausschuss auch unterrichten werde.

Frau Machatschek ist der Meinung, dass solche Dinge nicht passieren dürften und weist das aufs Schärfste zurück.

Herr Stüwe berichtet über den Stand des Projektes „Medizinische Hilfen für Wohnungslose. Es habe in der Zwischenzeit Gespräche zwischen dem Fachbereich, dem Gesundheitsamt und dem Diakonischen Werk gegeben. Man habe Einvernehmen darüber erzielen können, dass man sich gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung so positionieren wolle, dass das Gesundheitsamt als Träger dieser Maßnahme auftrete. Die Planung werde auch mit den ehrenamtlichen Elementen verzahnt. Der kassenärztlichen Vereinigung solle nun ein ver-



kleineres Hagener Modell vorgestellt werden. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen würden dem Sozialausschuss zu gegebener Zeit in Form einer Ratsvorlage vorgestellt.

Weiterhin sei die Übernahme von Mietrückständen nun auch aufgrund einer Gesetzesänderung zum 01.08.06 wieder für Erwerbstätige und Arbeitslosen I Empfänger möglich, so dass nicht mehr auf freiwillige Leistungen zurückgegriffen werden müsse.

Herr Fiedler informiert darüber, dass bei den von der Kommune zu finanzierenden Klassenfahrten auch bei Beziehern von ALG II ein Höchstbetrag von 200 € festgelegt worden sei. Mit dieser Festlegung würden ca. 80 % der bisherigen Bewilligungspraxis erfasst.

Frau Kreiss weist darauf hin, dass sie einige Exemplare der von Dr. Schmidt angesprochenen Broschüre der Wohnberatung ausgelegt habe. Diese sei auch im Internet zu finden.

Zum Thema Mehrgenerationenhaus teilt sie mit, dass Gespräche sowohl mit Verbänden, als auch mit dem Kinderschutzbund und dem Fachbereich Stadtentwicklung, Planen und Wohnen stattgefunden hätten. Es hätten sich Standorte herauskristallisiert. Seit letzter Woche liege das endgültige Konzept des Ministeriums vor. Es gebe verschiedene Kriterien, die eingehalten werden müssten. Die Förderhöhe betrage 40.000 € pro Jahr, wobei sie zunächst nur für zwei Jahre bewilligt würde. Der Förderantrag stehe inzwischen im Internet zur Verfügung. Er sei online zu stellen. Es könnten beliebig viele Anträge gestellt werden. Das Bundesministerium treffe pro Stadt eine Auswahl.

2. **Anfrage des Bündnis 90/Die Grünen gem. § 10 (1) GeschO des Rates Hier: Betreuungs- und Gruppenwohnangebote für pflegebedürftige Menschen mit Demenzerkrankung**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Halbeisen erläutert die Anfrage.

Frau Kreiss beantwortet die Anfrage.

Die Antwort ist dem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt.

Herr Haensel berichtet, dass es eine Zeitlang die Chance gegeben habe, soge-



nanntes Zusatzpersonal für stationäre Altenhilfe zu beantragen nach dem sog. Gerontoschlüssel.

Das Diakonische Werk habe diesen nicht in Dahl, wohl aber in anderen Einrichtungen.

Er möchte wissen, in welchen Hagener Häusern stationärer Altenhilfe es den verhandelten Gerontoschlüssel gebe und wieviele Mitarbeiterstellen dies insgesamt umfasse.

Die Antwort auf die Frage von Herrn Haensel ist ebenfalls dem Protokoll als **Anlage 1 Seite 3** beigefügt.

3. **Sozialplanung für Seniorinnen und Senioren in Hagen** **Vorlage: 0320/2006**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kreiss erläutert die Vorlage.

Herr Mervelskemper teilt mit, dass sich die SPD-Fraktion darauf verständigt habe, dem Vorschlag der Pflegekonferenz zu folgen.

Herr Halbeisen möchte wissen, wo denn dieser Sozialplaner angesiedelt werden sollte.

Dr. Schmidt hält es für sinnvoll, die Angelegenheit eingebunden zu sehen in den Prozeß der demographischen Entwicklung. Er weist darauf hin, dass der Sozialausschuss formal keine Stelle beschließen könne. Dies müsse also zum Stellenplan 2007 beantragt werden. Dann läge es natürlich an den Fraktionen, wie sie zusammen mit der Verwaltung mit dem Stellenplan umgingen. Dieser Prozeß habe dann in Abwägung mit dem Haushalt 2007 zu geschehen.

Frau Kurte hat eine Frage zum Prozedere, die von Frau Kreiss beantwortet wird.

Herr Röspe stimmt dem Inhalt der Vorlage im Namen seiner Fraktion uneingeschränkt zu. Er bittet, bei den Aufgabenbereichen neben Pflege und Wohnen auch die Bildung zu berücksichtigen. Es sei sicherlich wichtig, eine gebündelte Stelle zu haben. Dabei sei jedoch eine Kompensation innerhalb des vorhandenen Stellenplans notwendig. Er sähe das Wort „zusätzliche“ gerne gestrichen.

Herr Dücker ist der Meinung, dass jeder mit dieser Vorlage einverstanden sein müsse.

Er habe jedoch Probleme damit, im Rahmen des Haushaltes eine neue Stelle zu fordern. Er schließt sich dahingehend den Ausführungen von Herrn Röspe an.

Herr Haensel erinnert daran, dass in einer Sitzung der Altenplan der Stadt Hagen 2000 vorgestellt worden sei. Er hielte es für sinnvoll, die Fortschreibung dieses Altenplans fortzuführen.



Frau Machatschek schlägt vor, dass der Sozialausschuss dem Beschluss der Pflegekonferenz folgen könne. Es werde damit ein wichtiges Signal gesetzt.

Nach einer kurzen Diskussion, an der sich Herr Dr. Schmidt, Herr Halbeisen, Herr Brüggemann, Herr Mervelskemper, Herr Röspel und Frau Kurte beteiligen, einigt man sich auf folgenden Beschlussvorschlag, den Frau Machatschek anschließend zur Abstimmung stellt.

Beschluss:

1. Die Verwaltungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Sozialausschuss folgt dem Beschluss der Pflegekonferenz und empfiehlt den nachfolgenden Gremien, eine Planstelle für die kommunale Seniorenplanung einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 17

Dagegen:

Enthaltungen:

4. Barrierefreies Planen und Bauen im öffentlichen Bereich Vorlage: 0572/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machaschek erläutert den zeitlichen Ablauf der Vorlage und zitiert die Beschlüsse der Gremien, die bisher in dieser Angelegenheit beraten haben.



Herr Dr. Schmidt erläutert den Hintergrund der Vorlage.

Herr Röspel bittet darum, in dieser Sache heute keinen Beschluss zu fassen.

Frau Machatschek hält es für eine Verpflichtung des Sozialausschusses, sich gegenüber den nachfolgend beratenden Gremien zu positionieren.

Herr Meier stellt fest, dass es sich hier um eine offene Liste handele, die immer wieder vervollständigt werden müsse. Als Architekt habe er das Problem, eine Liste als verbindlich zu verabschieden, die offen sei. Auf der anderen Seite habe er als Sozialpolitiker das Bedürfnis, gegenüber den Menschen mit Behinderungen zu dokumentieren, dass es mit der Umsetzung dieses Anliegens ernst sei.

Wichtig seien auch Schulungen der Mitarbeiter, die im planerischen Bereich tätig seien.

Der Behindertenbeirat solle auch beratend tätig sein in den Gremien und dort eine Art Scharnierfunktion ausüben.

Herr Denecke ist gleichzeitig Mitglied des Behindertenbeirates und stellt fest, dass ein Architekt oft vor Fragen gestellt würde, die er nur schwer selbst beantworten könne.

Da könnten behinderte Menschen Rat geben. Die Liste solle seines Erachtens jedoch nicht als absolut verbindlich angesehen werden, sondern nur als Grundlage.

Herr Dücker meint, dass das Wort „verbindlich“ dahingehend mißverstanden werden könne, dass überhaupt kein Spielraum verbleibe.

Herr Dr. Schmidt entgegnet, dass bei praktischer Betrachtungsweise es so laufen müsse, dass dann eine grundsätzliche Verpflichtung bestehe, eine Checkliste abzuarbeiten und zu prüfen, ob ein Vorhaben behindertengerecht sei. Bei Abweichungen sei der Behindertenbeirat zu beteiligen.

Herr Halbeisen findet es wichtig, dass sich der Sozialausschuss positioniere, dass es ihm auf die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen ankomme.

Der Rat und die Teilhabe von behinderten Menschen sollte eingefordert werden.

Herr Röspel greift auf, dass er sich schwertäte, einen Beschluss zu fassen, in dem das Wort „verbindlich“ stehe.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass es ihm darauf ankomme, dass die Bauverwaltung z.B. über das Wort „Handlauf“ stolpere. Wie die Ausführung dann aussähe, käme auf den Einzelfall an. Die Verbindlichkeit bestünde lediglich in der Abarbeitung der Checkliste.

Bei Abweichungen sei der Behindertenbeirat zu beteiligen.

Nach einer weiteren Diskussion, an der sich Herr Halbeisen, Herr Haensel, Herr Denecke, Herr Dücker, Frau Gleiss und Frau Buchholz beteiligen, einigt man



sich aufgrund des Vorschlages von Frau Machatschek darauf, den Beschluss des Behindertenbeirates zur Abstimmung zu stellen.

Beschluss:

1. Die beigegefügte Checkliste „Barrierefreies Planen und Bauen im öffentlichen Bereich“ in der jeweils vom Arbeitskreis der Behindertenkoordinatoren in NRW erarbeiteten gültigen Fassung bildet die verbindliche Grundlage für künftiges Planen und Bauen in kommunaler Verantwortung. Sie *ist grundsätzlich anzuwenden* und gilt auch für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen sowie bei Anmietungen.
2. Der Behindertenbeirat der Stadt Hagen ist rechtzeitig während der Planungsphase einzubeziehen. *In Abstimmung mit dem Behindertenbeirat können von der Checkliste abweichende Lösungen erarbeitet werden.*
3. Der Beschluss wird ab 01.09.2006 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 11

Dagegen:

Enthaltungen: 6

5. Antrag der SPD-Fraktion

Hier: Förderprogramm zur Wiedereingliederung von (Langzeit-)Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Mervelskemper erläutert den vorliegenden Antrag.

Herr Halbeisen möchte wissen, wie die Träger dazu stünden. Könnten diese etwaige Erweiterungen umsetzen? Sollte man diese Träger nicht bereits bei der



Planung beteiligen?

Herr Dr. Schmidt informiert, dass man in einer der nächsten Trägerversammlungen mit der Arge vor der Diskussion um das Förderprogramm 2007 stehe. All das, was man als Stadt Hagen als Zielvorgabe einbringen könne, sei hilfreich. Dieses Förderprogramm solle dann mit allen Trägern in einer großen Runde abgeglichen werden.

Frau Buchholz erinnert daran, dass diese Planung im letzten Jahr nicht Förderplanung, sondern Produktplanung heißen hätte. Es gehe auch darum, Arbeitsgelegenheiten zielgerichteter einzusetzen. Welches Instrument setze ich für wen wie ein?

Her Haense berichtet aus Sicht der Träger, dass man anfangs die Überzeugung gehabt habe, dass nicht die Arge selbst ein sogenanntes Kompetenzfeststellungsverfahren durchführen solle. Da gebe es bei den Trägern qualifizierte Mitarbeiter. Man habe es leider damals nicht durchsetzen können. Anfangs habe man großen Schiffbruch erlitten.

Es seien Menschen zu Stellen geschickt worden, die völlig ungeeignet gewesen seien.

Mittlerweile haben man einen gemeinsamen Kurs eingeschlagen, bei dem alle voneinander gelernt hätten. Gleichwohl fehle für 2007 die Vorlage eines Förderkonzeptes.

Dies sei wünschenswert, um den Prozess zu optimieren. Er gehe davon aus, dass die Arge ihre Kompetenz auch immer wieder erweitern wolle und das Konzept positiv aufgreifen werde.

Herr Röspel schlägt eine Ergänzung des Beschlussvorschlages vor, die von Frau Machaschek aufgegriffen wird.

Beschluss:

Die ARGE Hagen wird aufgefordert, ein umfangreiches und qualitatives Förderkonzept für die ALG II Empfänger/innen für den Förderzeitraum 2007 vorzulegen. Dabei müssen Aussagen sowohl zu einem geeigneten Profiling (Stärken – und Schwächenanalyse) als auch zum begründeten Einsatz der verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Instrumente und Maßnahmen mit Qualifizierung gemacht werden.

Folgende Zielgruppen sind zu berücksichtigen:

- Alleinerziehende
- Migrantinnen und Migranten
- Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten
- Arbeitslose über 50 Jahre
- Jugendliche (U 25) mit und ohne Schulabschluss

Dieses Förderprogramm für 2007 ist nach vorheriger Beratung in der Trägerversammlung dem Sozialausschuss am 24. Oktober 2006 vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |
-

Dafür: 18Dagegen: Enthaltungen:

6. **Übernahme der Umsetzungsverantwortung in der ARGE Hagen durch die Stadt Hagen**
Vorlage: 0663/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Beschluss:

Der Sozialausschuss der Stadt Hagen nimmt die Verwaltungsvorlage zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |
-



**7. Kommunales Handlungskonzept Interkultur
geänderte Fassung der Vorlage Nr. 0411/2006
Vorlage: 0536/2006**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Hagen beschließt das kommunale Handlungskonzept Interkultur.
Die Maßnahme wird ab 2007 umgesetzt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, unter Einbeziehung des Amtes 32/2 (Ausländer-, Einbürgerungs- und Personenstandsangelegenheiten) ein umfassendes Integrationskonzept zu erarbeiten. Dabei werden die Maßnahmenvorschläge der Fraktionen aus dem Papier „Lebendiges Hagen – Stadt der Zukunft“ berücksichtigt.
Das Integrationskonzept wird dem Rat spätestens zu seiner Sitzung am 14. Dezember 2006 vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |

Dafür: 17
Dagegen:
Enthaltungen:



8. **Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände und andere**
Hier: Jahresberichte 2005
Vorlage 0457/2006 - Zweite Lesung -

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek schlägt vor, den Antrag der Grünen auf Weiterführung des Arbeitsfeldes „Unterstützende Hilfen zur dauerhaften Wohnraumsicherung“ durch die Arbeiterwohlfahrt im Zusammenhang mit den Jahresberichten zu behandeln.

Herr Halbeisen bittet, den Antrag im Anschluss an die 2. Lesung der Jahresberichte zu behandeln.

Frau Machatschek geht die einzelnen Positionen durch und bittet um Zuruf, falls ein Wortbeitrag gewünscht ist.

Bei der AWO merkt Herr Mervelskemper an, dass die Stelle bei der AWO, die für die Betreuung der Menschen zuständig ist, die von Obdachlosigkeit bedroht sind, zum Ende des Jahres gestrichen werden soll. Bei gleichzeitiger Betrachtung des Geschäftsberichtes der Verwaltung sei ein unmittelbarer Zusammenhang zu erkennen. An den dort aufgeführten Erfolgen sei die AWO maßgeblich beteiligt. Der Sozialausschuss könne es nicht verantworten, dass diese Stelle gestrichen würde. Der AWO sollte für einen gewissen Zeitraum die Gelegenheit gegeben werden, zu versuchen, andere Träger zu finden, die diese Stelle finanzieren. Dies könnten zum Beispiel Wohnungsbaugesellschaften sein. Er liest im Namen seiner Fraktion einen erweiterten Beschlussvorschlag vor, der beinhaltet, dass der Zuschuss an die AWO für ein weiteres Jahr gezahlt wird.

Herr Puder stellt fest, dass die Zusammenarbeit mit der zuständigen Fachstelle bei der Stadt hervorragend funktioniere. Er bedankt sich außerdem für das Votum von Herrn Mervelskemper. Probleme mit den Leuten, die den Wohnungsbaugesellschaften Probleme bereiteten, nähmen zu. Wenn die Stelle wegfalle, entstehe in Hagen ein Vakuum.

Die AWO sei mit einem Konzept an die Wohnungsbaugesellschaften herangetreten.

Diese hätten auf die Vorschläge mit verhaltenem Interesse reagiert.

Es werde daher Zeit benötigt, Überzeugungsarbeit zu leisten und es wäre sehr hilfreich für die AWO, in eine Weiterfinanzierung zu kommen.

Herr Halbeisen ist verwundert über die Verwandlung, die dieses Arbeitsfeld jetzt bekäme. Werde das bisherige Arbeitsfeld denn noch benötigt?

Herr Stüwe lobt die Arbeit der AWO, die in der Zentralen Fachstelle der Stadtverwaltung sehr geschätzt würde. Hier würde etwas wegbrechen, wenn die Arbeit in dem Umfang nicht mehr geleistet würde. Die Zusammenarbeit der AWO mit der Stadt sei sehr gut. Auch er würde es sehr begrüßen, wenn die Arbeit der AWO weitergeführt würde.



Herr Puder erklärt, dass man sich Gedanken darüber machen müsse, wie dieses Feld sich weiterentwickeln würde. Die Probleme würden mehr werden und der Sozialausschuss müsse sich Gedanken darüber machen, wie man den großen Druck aus dem Bereich der Wohnungslosigkeit rausnehmen könne.

Herr Halbeisen verweist auf die kommunale Verantwortung in dem Zusammenhang.

Herr Brüggemann erinnert daran, dass durch Abschluss der Verträge eine Pauschalierung eingetreten sei und die Verbände daher je nach Bedarfslage innerhalb ihres Budgets agieren könnten. Er stellt die Frage, ob die derzeitige Finanzierung der Wohlfahrtsverbände überhaupt noch zeitgemäß sei. Mit einer Vertragskündigung und einer entsprechenden Maßnahmenförderung käme man einer Situationslösung näher.

Herr Stüwe sieht eine Interessenüberschneidung auf Seiten von Vermietern und aus städtischer Sicht, wenn die Stadt Mietrückstände übernommen habe. Die Stadt habe das Interesse, dass die Hilfe für den Betroffenen nachhaltig sei. Oft erfolge nach Übernahme der Mietrückstände auch weiterhin eine Betreuung, damit die weiteren Mieten regelmäßig gezahlt würden. Wenn Herr Puder die Möglichkeit sähe, dass man in naher Zukunft mit Wohnungsgebern zu konkreten Abschlüssen kommen könne, würde das sehr begrüßen.

Herr Halbeisen fehlt in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit von der Stadt und der AWO. Es sei eine gemeinsame Aufgabe und darauf käme es ihm an.

Herr Puder erklärt, dass man sich sicher nicht alles von den Wohnungsbaugesellschaften refinanzieren lassen könne. Aber man habe festgestellt, dass die Gesellschaften Probleme hätten und man wolle seine Erfahrungen und Leistungen dort in Anrechnung bringen.

Herr Haensel legt dar, dass dieser scheinbare Gegensatz eigentlich keiner sei. Was Herr Halbeisen sich wünsche, dass der Kooperationspartner in Form der zentralen Fachstelle mit überlege, wie sie diesen Prozess unterstützen könne, dass sich möglicherweise auch Kosten auf mehrere Schultern verteilen.

Herr Halbeisen teilt mit, dass er den Beschlussvorschlag von Herrn Mervelskemper mittragen werde, wenn die Erweiterung „zusammen mit der Stadt“ mitaufgenommen würde.

Frau Machatschek stellt den erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:



1. Die Vorlage der Verwaltung wird ebenso wie die Berichte der Wohlfahrtsverbände zur Kenntnis genommen.

2. Übergangsweise wird der Zuschuss an die AWO für die Reintegration Obdachloser für 1 Jahr weitergezahlt mit der Maßgabe, dass die AWO zusammen mit der Stadt Hagen Gespräche mit den Anbietern von Wohnraum führen mit dem Ziel, Partnerschaften mit diesen Gesellschaften zu vereinbaren. Eine Berichterstattung über den Stand der Verhandlungen soll bis Mitte nächsten Jahres erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 17
Dagegen:
Enthaltungen:

Nach der Abstimmung richtet Frau Machatschek noch eine Frage an Herrn Puder.

Zur Schwangerschaftskonfliktberatung möchte sie wissen, ob sich mittlerweile die Situation zwischen der Arge und der Beratungsstelle entschärft habe oder ob es da immer noch große Probleme bei den unterschiedlichen Möglichkeiten der Mehrbedarfe gebe.

Herr Puder weist darauf hin, dass es in der Anfrage von Herrn Halbeisen um die gleiche Thematik gegangen sei.

Es wird festgestellt, dass die Anfragen identisch sind.

Herr Puder berichtet von der Problematik, dass die Mitarbeiter bei der Arge nicht durchgängig darüber informiert seien, welche Fördermöglichkeiten im Bereich der Ausstattungen vorhanden seien. Die Beratungen der Mütter verliefen dadurch ziemlich unterschiedlich. Man habe vereinbart, einen Förderzettel zu entwickeln, der darüber Auskunft gebe, was beantragt werden könne.

Jeder Einzelfall sei gesondert zu betrachten. Man gehe davon aus, dass man auf einem guten Weg sei, die Probleme in den Griff zu kriegen.



Herr Fiedler weist darauf hin, dass die Stadt hier schneller gewesen sei als der Gesetzgeber. Das Problem zwischen der Abgrenzung Erstausrüstung und Ersatzbeschaffung sei im Gesetz etwas schwammig formuliert. Die Stadt Hagen habe hierzu bereits im März 2005 eine Regelung getroffen. Zum 01.08.06 habe der Gesetzgeber dazu eine Klarstellung im Gesetz mitaufgenommen.

Anschließend werden die Fragen anhand des Fragenkataloges von Herrn Halbeisen vorgelesen und beantwortet. Dieser ist **als Anlage** dem Protokoll beigelegt.

Abschließend bedankt sich **Frau Machatschek** ganz herzlich bei den Anwesenden Mitgliedern der Verbände.

**9. Antrag des Bündnis 90/Die Grünen gem. § 6 (3) GeschO des Rates
Hier: Weiterführung des Arbeitsfeldes ' Unterstützende Hilfen zur dauerhaften Wohnraumsicherung ' durch die Arbeiterwohlfahrt**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Der Antrag wurde zusammen mit TOP 8 behandelt.

**10. Geschäftsbericht 2005 für den Fachbereich Jugend & Soziales
Vorlage: 0450/2006 - Zweite Lesung -**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek weist darauf hin, dass es auch zu diesem Tagesordnungspunkt einen Fragekatalog von Herrn Halbeisen gebe. Dieser ist einschließlich der Stellungnahmen der Verwaltung **als Anlage** der Niederschrift beigelegt.

Herr Mervelskemper bittet um eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung in Bezug auf den Beschluss des Sozialausschusses bezüglich des Verfahrens bei Stromsperrern.

Herr Stüwe weist darauf hin, dass die Verwaltung in der Sitzung des Sozialausschusses vom 06.04.06 in diesem Zusammenhang beauftragt wurde, eine Vorlage für den Rat zu erstellen, um auf das zukünftige Verfahren bei Stromsperrern im Sinne des Urteils des Landessozialgerichtes vom 15.07.05 einzuwirken.

Frau Machatschek stellt fest, dass an den Beschluss von Mai 2006 erinnert werde und eine Antwort in Form einer Ratsvorlage jedoch vom Ausschuss gewünscht sei.

Herr Halbeisen bittet in Sachen Männerasyl um einen abgestimmten Bericht der Stadt mit dem Diakonischem Werk zu diesem Thema.



Abschließend bedankt sich Frau Machatschek bei der Verwaltung für den ausführlichen Bericht.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2005 des Fachbereiches Jugend & Soziales zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

11. - Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Hagen-Altenhagen
- Kenntnisnahme des Standes der Beantragung des Stadtteils Wehringhausen
in das Landesprogramm 'Soziale Stadt'
Vorlage: 0577/2006

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Halbeisen stellt eine Frage zu der Bevölkerungsentwicklung bei Migranten. Die Zahlen seien 2003 genauso hoch wie 2006. Das könne er sich nicht erklären.

Herr Goldbach sagt zu, die Frage mit Hilfe der Kollegen aus der Statistik zu erörtern und in der nächsten Sitzung eine Antwort zu geben.

Herr Puder stellt fest, dass sein Verband gerade in diesem Stadtteil sehr aktiv sei und er bietet der Stadt die Zusammenarbeit mit dem dort tätigen Seniorenmanager an.

Herr Goldbach nimmt das Angebot dankend an.
Auf Bitte von Frau Machatschek erläutert er den Begriff „Migrantenökonomie“.

Abschließend stellt Frau Machatschek den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.



Beschluss:

1. Der Rat der Stadt beschließt die Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes für den Stadtteil Altenhagen für die Jahre 2006 - 2008 im Rahmen des Landesförderprogrammes „Soziale Stadt“
2. Der Rat der Stadt Hagen beauftragt die Verwaltung, den Stadtteil Wehringhausen für das Landesprogramm „Soziale Stadt“ anzumelden und den Prozess der Erarbeitung eines „Integrierten Handlungskonzeptes“ unter Beteiligung der QuartiersbewohnerInnen und der Multiplikatoren vor Ort zu initiieren.
Hierzu soll in Abstimmung mit dem Ministerium für Bauen und Verkehr bereits in den Jahren 2007 bis 2008 ein schrittweiser Übergang vom Stadtteil Altenhagen zum Stadtteil Wehringhausen erfolgen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die veränderten Maßnahmen für den Stadtteil Altenhagen dem Land zu melden und die entsprechenden Förderanträge zu stellen.
4. Über die Umsetzung der Beschlüsse wird zum 30.04.2007 ein Zwischenbericht erstellt.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |

Dafür: 17

Dagegen:

Enthaltungen:

12. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

Frau Buchholz hat eine Anfrage zum Thema Bleiberecht bzw. Altfallregelung für Flüchtlinge. Sowohl der Ministerpräsident als auch der Innenminister hätten sich in diesem Zusammenhang geäußert, dass es notwendig sei, die Bleiberechtsregelung bei den sogenannten „Altfällen“ zu überdenken. Das Land Berlin habe schon eine Vorgriffsregelung gemacht, damit Menschen, die hier länger lebten und integriert seien, das Recht auf einen dauernden Aufenthalt hätten. Noch sei dies nicht der Fall. Das Gesetz ließe das noch nicht zu. Zur Zeit könnten solche Familien noch abgeschoben werden.

Frau Buchholz bittet die Stadt zu prüfen, ob in diesen Fällen, die sonst wahrscheinlich abgeschoben würden, eine Aufschiebung ausgesetzt werden könnte,



da ein Integrationserfolg zu erwarten sei. Vor einer Entscheidung durch das Land sollten keine Menschen mehr abgeschoben werden, die ihren Lebensmittelpunkt hier haben.

Frau Thomzig vom Amt für öffentliche Sicherheit, Verkehr und Personensstandswesen nimmt zu obiger Anfrage wie folgt Stellung:

In diesem Zusammenhang wird auf die ausdrückliche Anordnung des Innenministeriums NRW verwiesen, wonach „zum jetzigen Zeitpunkt keine tragfähige Grundlage dafür besteht, die Rückführung langjährig geduldeter Ausländer auszusetzen“ (so auch noch der Erlass vom 08.09.06). Das Innenministerium befürchtet, dass ein Vorgriff auf eine möglicherweise kommende Regelung den Abstimmungsprozess in der Innenministerkonferenz weiter erschweren werde und bei den Betroffenen unter Umständen zu Unrecht Erwartungen auf ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erwecken könnte (siehe auch taz vom 31.08.06 „Nicht mit Wolf heulen“). Allerdings kann die Stadt Hagen nur Rückführungen entsprechend ihrer personellen Kapazitäten einleiten und durchführen.

Herr Klos erinnert an eine Anfrage, die er in der letzten Sitzung in Sachen „baulicher Zustand der alten Revelschule in Vorhalle“ gestellt habe. Ein Bericht der Verwaltung, der bis zu den Sommerferien zugesagt worden sei, liege bisher nicht vor. Er bittet, den Bericht nun kurzfristig vorzulegen, da dieser dringend benötigt würde.

Herr Althaus vom Fachbereich Immobilien, Wohnen und Sonderprojekte nimmt zu obiger Anfrage wie folgt Stellung:

Das ehemalige Schulgebäude steht seit mehreren Jahren leer und wird seitdem „auf Abbruch“ unterhalten. Nebengebäude mussten kürzlich aufgrund einer konkreten Gefährdungssituation vorab abgebrochen werden. Das Grundstück ist durch Ratsbeschluss für den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses vorgesehen.

Herr Halbeisen nimmt Bezug auf einen Bericht im Frühjahr diesen Jahres, dass dadurch 100 Arbeitsplätze in Hagen verlorengegangen seien, dass die Bundesagentur bei der Auswahl von hauswirtschaftlichen Qualifizierungsmaßnahmen einen überörtlichen Bildungsträger ausgesucht habe. Er möchte wissen, wie hier der Stand der Dinge sei.

Herr Haensel berichtet in diesem Zusammenhang, dass alle Träger vor Ort hiervon betroffen worden seien, insbesondere BZH, Diakonie und weitere. Eine Rüge sei ausgesprochen worden. Danach habe man geklagt. Man habe vor dem Bundeskartellamt gesiegt. Man dürfe die Maßnahmen alle wieder durchführen. Zwischen der Agentur und den Trägern habe sich inzwischen wieder eine gute Partnerschaft entwickelt.



Ende des öffentlichen Teiles: 19.00 Uhr

Gez. Röspel
Stellv. Vorsitzender

Gez. Krause
Schriftführerin